

Total gestresst



Florian Schwiegershausen
über die NordLB

Die Würfel sind gefallen bei der NordLB. Dass sie nicht gut abschnitten würde beim Stresstest, darauf wollte sie die Öffentlichkeit anscheinend bereits selbst vor einer Woche vorbereiten, indem ein Sprecher der Bank selbst andeutete, wie niedrig die Kapitaldecke im Vergleich zu anderen Banken sei. Und die Altlasten stammen immer noch aus faulen Schiffskrediten, zum Teil noch übernommen von der Bremer Landesbank.

Das Land Niedersachsen ist längst dabei, zusätzliche Kapitalgeber für die Bank zu gewinnen. Sechs sollen es laut Branchenexperten sein, die gerade die Bücher prüfen. Bis Jahresende soll entschieden sein, wer Anteile an der NordLB erwirbt. Wenn das geschehen ist, kommt hoffentlich endlich wieder mehr Ruhe in die Bank. Dass Niedersachsen weiterhin die Mehrheit behalten will, könnte ebenso dazu beitragen.

Und während die NordLB immer noch mit den Altlasten aus den Schiffskrediten kämpft, beobachten andere Bankhäuser den Markt, um demnächst womöglich wieder ins Geschäft mit Schiffsforderungen einzusteigen – hoffentlich mit mehr Bedacht als in der Vergangenheit. **Bericht Seite 1**
florian.schwiegershausen@weser-kurier.de

In der Ökoecke



Pascal Faltermann
über Grüne-Wahlprogramm

Es sind zahlreiche Ideen und Forderungen, die die Bremer Grünen in den Entwurf ihres Wahlprogramms gepackt haben. Neu sind die meisten Anliegen in der Umwelt- oder Klimapolitik aber nicht. Den Ausstieg aus dem Kohlestrom fordern sie nicht das erste Mal. Nun soll es in den nächsten fünf Jahren soweit sein.

Grüne Dächer, saubere Luft, eine Stärkung des Rad- und Fußverkehrs, eine autofreie Innenstadt oder Klimaneutralität – es sind viele grüne Wegweiser, die es schon seit Jahren gibt. Aber welche Partei fordert all das denn sonst? Mit dieser geballten Ansammlung an ökologischen und sozialen Forderungen findet sich keine in Bremens Politiklandschaft.

Die herausragenden Leuchttürme fehlen in diesem Programmwurf. Auch stecken nur wenige konkrete Zahlen darin, auf die die Grünen festgenagelt werden können. Aber es sind zahlreiche vermeintlich kleinere Forderungen, die das große Ganze ergeben. Die Grünen bleiben in ihrer Ökoecke und tun gut daran. Denn sie stellen die richtigen Fragen und geben viele kleine Antworten, um eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft zu gestalten. **Bericht Seite 5**
pascal.faltermann@weser-kurier.de

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig

Stellvertretender Chefredakteur: Marcel Auermann

Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner

Art-Direktor: Franz Berding

Chefreporter: Jürgen Hinrichs · Chefredakteur Kultur/Medien: Dr. Hendrik Werner · Politik: Joerg Helge Wagner

Bremen/Niedersachsen: Marcel Auermann · Wirtschaft: Philipp Jaklin · Kultur: Iris Hetscher · Sport: Mathias Sonnenberg

Leiter Zentralredaktion: Markus Peters · Leiter Sonderthemen: Stefan Dammann · Büro Lilienthal: André Fesser

Büro Osterholz-Scharmbeck: Antje Borstelmann · Büro Vegesack: Michael Brandt · Büro Berlin: Steven Geyer (Leitung)

Büro Hannover: Peter Mlodoch · Büro Hamburg: Nadine Wenzlick

Büro Brüssel: Detlef Drewes · Büro London: Katrin Pribyl

Büro Paris: Birgit Holzer · Büro Washington: Thomas Spang

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 36,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: David Koopmann, Tanja Bittner

Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 72.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen: montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag: 04 21/36 71 0 Telefon: 04 21/36 71 10 00

Abonnenten-Service: 04 21/36 71 66 77 Telefon: 04 21/36 71 10 20

E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de

abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr): Telefon: 0800/36 71 222*

*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion: 04 21/36 71 0 Telefon: 04 21/36 71 10 00

E-Mail: redaktion@weser-kurier.de

redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme: Telefon: 04 21/36 71 66 55

Telefax: 04 21/36 71 11 00 (Anzeigen)

Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)

E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de

anzeigen@bremer-nachrichten.de



Die Erschaffung eines CDU-Vorsitzenden ...

Klaus Stuttmann

Retourkutsche unter Despoten



Birgit Svensson
über den Fall Khashoggi

Das ganze Ausmaß saudischer Politik zeigt sich im Fall Jamal Khashoggi. Nicht nur, dass die Grausamkeit seiner Ermordung Parallelen zu brutalen Hinrichtungen der Terrormiliz „Islamischer Staat“ aufweist. Experten gehen ohnehin davon aus, dass der IS seinen blutigen Ursprung im sunnitischen Wahabismus Saudi Arabiens gefunden hat. Die Deckungsgleichheit liege bei etwa 75 Prozent. Auch die Dschihadisten von IS oder früher Al Kaida haben ihre Opfer oft erwürgt oder erhängt, aber meistens sind die Leichname dann beerdigt oder in Massengräbern verscharrt worden.

Ganz anders sind die Saudis mit dem Blogger und Journalisten umgegangen. Türkische Ermittler gaben bekannt, dass seine Leiche zerstückelt und verscharrt worden sei, um ja keine Spur mehr von ihm übrig zu lassen. Riad hat dies bis jetzt nicht kommentiert. Wie überhaupt vieles, was mit dem spurlosen Verschwinden Khashoggis zu tun hat. Nur scheinbar wird die Wahrheit zugegeben und das auch nur, wenn es gar nicht anders geht. Hier allerdings gibt es dann doch einen Unterschied zwischen der Vorgehensweise Saudi-Arabiens und dem IS. Die Terrormiliz hat sich stets mit ihren Gräueltaten gebrüstet und hat nicht davor zurückgeschreckt, sie als erste zu veröffentlichen. Die Saudis hingegen versuchen ihre Gräueltaten zu vertuschen, so lange es eben geht.

Dass die Ermordung Khashoggis nun international Wellen schlägt, ist Recep

Tayyip Erdogan zu verdanken. Ausgerechnet der türkische Staatspräsident, der auch nicht gerade zimperlich mit seinen Kritikern umgeht, schwingt sich nun zum Retter der Pressefreiheit auf. Gekonnt inszeniert, versucht er ein Comeback auf die westliche politische Bühne, wo Menschenrechte noch nicht ganz unter den Teppich gekehrt sind.

Erdogan ist aber auch aus anderen Gründen daran gelegen, einen Richtungswechsel in Saudi Arabien herbeizuführen. Der Khashoggi-Clan ist weitverzweigt und einflussreich. Jamals türkisch-stämmiger Großvater Mohammed Khashoggi

Maßgeblich wird jetzt die Haltung der Amerikaner sein.

war der Leibarzt des ersten Saudi-Herrschers Ibn Saud, der Anfang des 20. Jahrhunderts die Wüstenstämme einte und vom Westen im Kampf gegen das Osmanische Reich unterstützt wurde. Jamals Onkel Adnan Khashoggi stieg in den 1970ern mit Waffendeals zum Multimilliardär auf. Die türkischen Wurzeln der Familie erklären das persönliche Motiv von Erdogan, den Mordfall aufzuklären. Aber nicht nur das.

Khashoggi war ein Freund der Muslimbrüder, die auch Erdogan gut findet und seit Jahren unterstützt. In Ägypten verfolgt und als Terroristen bezeichnet, haben das Emir Katar und die Türkei viele von ihnen als Exilanten aufgenommen. Saudi Arabien dagegen hasste sie, weil sie sich nicht nur als islamistische Partei, sondern als sunnitisch-fundamentalisti-

sche Bewegung verstehen, die Königreiche als unislamisch ablehnen. Hier liegt also der Hase im Pfeffer. Während der saudi-hörige Militärherrscher in Kairo, Abdel Fattah al-Sisi, das Vorgehen Riads im Fall Khashoggi verteidigt und sich im Kampf gegen die Muslimbrüder dort stets Unterstützung in Form von Milliarden US-Dollar holt, stehen Katar und die Türkei auf der anderen Seite und stellen die Vorherrschaft Saudi Arabiens im Mittleren Osten immer mehr in Frage. Nachdem der saudische Thronfolger Mohammed bin Salman die treibende Kraft hinter der Verhängung der Blockade gegen Katar im Juni 2017 gewesen sein soll bezichtigte, kommt jetzt die Retourkutsche. Die Ermordung des Regimekritikers sei staatlicher Terrorismus, heißt es unisono aus Ankara und Doha. Bin Salmans Thron wackelt.

Maßgeblich wird jetzt die Haltung der Amerikaner sein. Die Freundschaft zwischen den USA und Saudi-Arabien, die beim historischen Treffen am Suezkanal 1945 zwischen König Ibn Saud und US-Präsident Franklin D. Roosevelt durch das Quincy-Abkommen besiegelt wurde, steht auf der Kippe. Denn Donald Trump scheint erkannt zu haben, dass der saudische Kronprinz allzu übermütig wurde, seitdem der US-Präsident mit ihm den Säbeltanz in Riad aufgeführt hat.

Danach glaubte bin Salman, alles machen zu können, da er die Unterstützung der Amerikaner habe. Dass er im Fall Khashoggi zu weit gegangen ist, dämmert ihm jetzt vielleicht. Vor allem aber seinem Vater, König Salman ibn Abdel Aziz. Er beorderte Mohammeds jüngeren Bruder Khalid, der Botschafter in Washington ist, nach Hause zurück. In Riad wird gemutmaßt, dass Khalid schon bald auf Mohammed folgen könnte.

birgit.svensson@weser-kurier.de

Mannheimer Morgen

über Trumps Wahlkampf: „Dass Trump für seine Demagogie gegen den Marsch der Migranten das Weiße Haus als Kulisse missbraucht und das Militär politisiert, ist beispiellos in der Geschichte der USA. Trump macht die Soldaten sprichwörtlich zu Wahlkampf-Truppen, die gegen fiktive Feinde zu Felde ziehen. Trumps Demagogie macht klar, dass es bei diesen Midterms nicht bloß um die Mehrheiten im Kongress, sondern um die Zukunft Amerikas selbst geht. Das Land steht an einer Weggabelung. Kommt Trump mit seiner Hetze durch, muss mit Schlimmeren gerechnet werden.“

Leipziger Volkszeitung

über Polen: „Die PiS-Regierung macht Politik mit Stimmungen. Mal geht es gegen die Selbstbestimmung von Frauen, mal gegen Muslime, mal gegen Deutsche. Doch man sollte sich nicht der Illusion hingeben, dass mit einer anderen Regierung alles gut wäre. Die Geschichtspolitik der PiS finden Anklang bei vielen Polen. Den antidemokratisch anmutenden Haltungen liegen Erfahrungen und Ängste zugrunde, für die sich Westeuropa leider zu wenig interessiert. So greift es zu kurz, die polnische Justizreform zu kritisieren, ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass es in Polen nach der Wende kaum eine Überprüfung ehemals kommunistischer Funktionäre gab.“

Wiesbadener Kurier

über Ursula von der Leyen: „Aber die fast schon schwärmerische Kumpanei mit sündhaft teuren und global operierenden Beratungsfirmen ging weit darüber hinaus, gehört zum Profil der Ursula von der Leyen. Das galt für die Familienministerin und trifft auf die Chefin der Bundeswehr erst recht zu. Es konnte nicht exklusiv genug sein. Inzwischen wechseln Berater, Offiziere, Ministerialbeamte und Staatssekretäre munter zwischen Rüstungsindustrie, Beratung und Behörde ihren Arbeitsplatz. Wer wann wem dient, ist nicht mehr klar. Das schwächt die nationale Sicherheit und provoziert zu Recht die Frage nach der politischen Verantwortung an der Spitze des Ministeriums.“

Zum Verhältnis von Listen- und Personenwahl

Lothar Probst
über „Mehr Demokratie“

Das zur Bürgerschaftswahl 2011 zum ersten Mal angewandte Wahlrecht sieht die Möglichkeit vor, Listen- und Personenstimmen abzugeben. Das soll auch so bleiben. Allerdings hat eine große Mehrheit der Bremer Abgeordneten aus allen Parteien in diesem Jahr Korrekturen am Wahlrecht vorgenommen nach dem Motto „Aus Erfahrung wird man klug“.

Tatsächlich hat das Wahlrecht bei den Bürgerschaftswahlen 2011 und 2015 erhebliche Schwächen offenbart. Es täuscht dem Wähler vor, dass die Personen mit den meisten Stimmen die Personenmandate bekommen. Dabei ist es umgekehrt: Die Kandida-

tinnen und Kandidaten mit den meisten Stimmen bekommen in der Regel die Listenmandate. Erst dadurch wird es möglich, dass Kandidaten auf hinteren Listenplätzen, manchmal mit nur ein paar hundert Stimmen, nach vorne rücken und ein Mandat erwerben. Um diesen Trittbrettfahrereffekt abzumildern, wurde das Wahlrecht aus guten Gründen verändert.

Der Verein „Mehr Demokratie“ will nun die Korrektur des Wahlrechts durch ein Volksbegehren wieder zurücknehmen und wirbt dafür mit der irreführenden Parole „Menschen statt Listen wählen“. Irreführend, weil bekanntlich keine Listen in die Bürgerschaft einziehen, sondern Abgeordnete, die entweder über Listen oder über Personenstimmen gewählt werden. Ganz davon abgesehen richtet sich die Parole generell gegen eine Listenwahl und damit im

Prinzip gegen die Wahl von Parteien. Der Verein tut dabei so, als sei eine Personenwahl einer Listenwahl überlegen und demokratischer.

Dass auf Personen orientierte Wahlsysteme grundsätzlich besser sind als Listensysteme, die auf die Wahl einer Partei abzielen, darf man getrost in Zweifel ziehen. Man braucht nur in die USA oder nach Brasilien zu schauen, wo die Personenwahl nicht unbedingt bessere Ergebnisse hervorbringt als die Wahl von Parteien in repräsentativen Demokratien.

Es sollte bei Wahlen nicht nur um Personen gehen, sondern auch um politische Richtungsentscheidungen. Dafür stehen Parteien mit ihren Programmen, an denen diese sich messen lassen müssen. Die reine Personenwahl eröffnet dagegen viel Spielraum für populistische Selbstdarstellung

und blumige Versprechungen. Bremen braucht vor diesem Hintergrund kein neues Volksbegehren, sondern ein Wahlrecht, welches die Vorzüge einer Personen- und Listenwahl so miteinander kombiniert, dass es für alle transparent und nachvollziehbar ist. Die Listenwahl ist dabei mindestens so legitim wie die Personenwahl.



Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Unser Gastautor
ist Professor und Mitglied des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bremen. Bis zu seiner Pensionierung 2016 war er dort Leiter des Arbeitsbereichs Wahlforschung.